

Nach der Blockade des Verfassungsvertrags: Wie können wir ein gerechtes Europa erreichen?

Von Sven Giegold

Nach dem Nein zum EU-Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden haben die europäischen Attac-Sektionen Grundprinzipien eines demokratischen und gerechten EU-Vertrags vorgelegt. Die „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ basieren auf einer gemeinsamen Analyse der bestehenden Verträge wie auch des geplanten Verfassungsvertrags. Basierend auf dieser Analyse werden gemeinsame Alternativen vorgeschlagen. In sozialen Bewegungen wie auch in der globalisierungskritischen Bewegung ist ein solcher Konsens in EU-Fragen keineswegs selbstverständlich. Auf der Basis unterschiedlicher Erfahrungen mit den bestehenden EU-Institutionen fallen sowohl die Urteile verschiedener Bewegungen als auch der gleichen Bewegungen in verschiedenen Regionen Europas unterschiedlich aus. Nur unter Berücksichtigung dieser komplizierten Ausgangslage lassen sich Strategien zu einem gerechten Europa ernsthaft diskutieren.

Die Gewerkschaften in den Gründungsstaaten der EU standen der europäischen Integration grundsätzlich sehr positiv gegenüber. Das gilt auch für den Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) als Zusammenschluss der europäischen Gewerkschaften. Der EGB hat den Verfassungsvertrag wie auch den Reformvertrag begrüßt. Die Unterstützung des Verfassungsprojekts war allerdings deutlich euphorischer als die Haltung zum Reformvertrag. Vor allem in den nationalen Mitgliedsgewerkschaften ist die Kritik an den sozialen Defiziten der EU dagegen immer lauter geworden. Das gilt auch für wichtige Gewerkschaften in den EU-Gründungsländern wie die deutsche IGmetall, die italienische CGIL oder die französische CGT. Gerade in den skandinavischen Ländern und in Großbritannien ist darüber hinaus die generelle Unterstützung für den europäischen Integrationsprozess deutlich gedämpfter. Sogar in Irland, das von der europäischen Integration ökonomisch sehr profitiert, hat der dortige Gewerkschaftsbund (ICTU 2008) den EU-Reformvertrag angesichts des kommenden Referendums bis Februar 2008 nicht unterstützt. Immer mehr setzt sich in der europäischen Gewerkschaftsbewegung die Auffassung durch, dass die fehlenden sozialen und steuerlichen Regeln auf europäischer Ebene zu einem Dumping-Wettbewerb führen. Auch mussten die Gewerkschaften mehrfach erleben, wie schwach ihr Einfluss derzeit auf europäischer Ebene ist. Bei der Überarbeitung des Verfassungsvertrags zum Reformvertrag wurden ihre Positionen nicht berücksichtigt und bei der Verbindlichkeit der Sozialcharta Abstriche gemacht. Schließlich haben jüngere Urteile des Europäischen Gerichtshofs (Vaxholm, Viking Line) gezeigt, dass die derzeitige Auslegung des EU-Rechts geltende Tarifverträge bzw. das Streikrecht in den Mitgliedsländern untergräbt. Damit gerät die neoliberale EU-Politik in Widerspruch zum Kernbereich gewerkschaftlicher Positionen.

Die Umweltbewegung steht der EU überwiegend wohlwollend gegenüber (EEB 2007). Zwar gibt es aus ökologischer Sicht auch scharfe Kritik an der EU. Die Integration ökologischer Ziele in die verschiedenen EU-Politiken ist höchst unvollkommen. Vor allem die gemeinsame europäische Agrarpolitik wie auch die europäischen Strukturfonds, u.a. durch eine betonorientierte Verkehrspolitik, haben in vielen Regionen nachhaltige Landnutzungsformen und Biodiversität zerstört. Die europäische Außenwirtschaftspolitik berücksichtigt ökologische Positionen praktisch überhaupt nicht, sondern orientiert sich einseitig an Interessen der Rohstoffsicherung und Marktöffnung. Der Euratom-Vertrag ist integraler Bestandteil der europäischen Verträge und verpflichtet die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf die Förderung

der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie. Trotz dieser massiven Kritiken wiegt für die meisten ÖkologInnen schwerer, dass Umweltpolitik schon nach den bestehenden Verträgen vergemeinschaftet ist. So konnte, auch gegen den Widerstand einzelner Mitgliedsstaaten und Interessensgruppen, eine ganze Reihe progressiver Umweltgesetze durchgesetzt werden. Sicher sind die europäischen Maßnahmen zum Schutz der Biodiversität, zum Schutz vor gefährlichen Chemikalien, zur Wasserreinhaltung, usw. immer noch unzureichend. Realistisch gesehen, sind sie jedoch mehr als was in den meisten Mitgliedsstaaten durchsetzbar gewesen wäre. Deshalb stehen die meisten Umweltverbände der EU insgesamt positiv gegenüber und haben auch die Ratifizierung des Verfassungsvertrags, wenn auch nicht kritiklos, unterstützt. Diese Haltung findet sich jedoch kaum in der skandinavischen Umweltbewegung. Das gilt auch für neuere ökologische Basisbewegungen wie die spanischen „Ecologistas en Acción“. Hier dominiert eher eine EU-skeptische Haltung.

Auch die Frauenbewegung steht der EU und ihren Institutionen insgesamt positiv gegenüber (EWL 2005). Die Antidiskriminierungspolitik der EU hat auf nationaler wie europäischer Ebene eine ganze Reihe von Erfolgen für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ermöglicht. Auch aus Sicht der Gleichberechtigung ist fragwürdig, ob diese Erfolge auf nationaler Ebene so erreichbar gewesen wären. Gleichzeitig teilen viele FeministInnen die Kritik an den sozialen Defiziten der EU.

Die Darstellung ließe sich jenseits von Gewerkschaften, Umwelt- und Frauenbewegung fortsetzen. Für die weiteren strategischen Überlegungen genügt jedoch, sich die Breite der unterschiedlichen Positionen verschiedener Bewegungen bewusst zu machen.

Die globalisierungskritische Bewegung als „Bewegung von Bewegungen“ hat sich in ihren ersten Jahren wenig mit der EU beschäftigt. Selbst beim ersten Europäischen Sozialforum (ESF) 2002 in Florenz spielte die EU im Vergleich zu globalen Fragen kaum eine Rolle. Das hat sich seit dem Pariser ESF 2003 geändert. Spätestens mit der französischen Kampagne 2004/2005 für ein „Non“ zum europäischen Verfassungsvertrag war die kritische Haltung zur EU in der Bewegung unumstritten. Der zentralen Kritikpunkte an der EU, wie sie von Attac und anderen Akteuren formuliert werden, sind:

- Die EU ist struktureller Neoliberalismus. Die steuerlichen Regeln und sozialen Rechte sind nationalstaatlich geregelt. Sie stehen daher unter Abbaudruck durch den europäisch verordneten Wettbewerb zwischen den Mitgliedsländern.
- Die EU setzt auf die Militarisierung ihrer Außenpolitik. Aufrüstung wird mit dem Verfassungs- wie dem Reformvertrag europäisches Politikziel.
- Die EU ist undemokratisch. Die Rechte des EU-Parlaments sind gering, trotz einiger Verbesserungen im Verfassungsvertrag. Abgeordnete können nicht einmal Gesetze vorschlagen. Die Verhandlungen im mächtigen Ministerrat sind intransparent. Der Ministerrat widerspricht dem Prinzip der Gewaltenteilung, weil er gleichzeitig Regierungs- und Gesetzgebungsfunktionen ausübt. Elemente partizipativer Demokratie fehlen fast gänzlich.

Verfassungsvertrag und Reformvertrag unterscheiden sich bezüglich dieser drei Punkte nicht, so dass auch die Kritik am Verfassungsvertrag von den Bewegungen auch für den Reformvertrag wiederholt worden ist (Lisabonner Erklärung 2007).

Die Kritik an der neoliberalen und undemokratischen Konstruktion der EU gilt zudem auch für die geltenden EU-Verträge. Die Kritiken sind auch keineswegs neu. Mit der Ratifizierung des Verfassungsvertrags über Referenda in verschiedenen Mitgliedsländern bekam die Bewegung allerdings ein Machtmittel in die Hand, ihre Kritik politisch wirksam werden zu

lassen.

Gleichzeitig ist die europäische Integration natürlich ein hohes Gut. Auch viele Bewegungsakteure stehen dem Prozess der europäischen Zusammenarbeit grundsätzlich positiv gegenüber. Das politische Risiko eines Scheiterns der Überarbeitung der europäischen Verträge ist groß. Klar ist allerdings auch, dass mit 27 Mitgliedstaaten eine anspruchsvolle Integration sozialer, steuerlicher, demokratischer und ökologischer Normen im Konsens sehr schwierig ist. Das gilt insbesondere, weil die Ablehnung stärkerer europäischer Kompetenzen in etlichen Mitgliedsstaaten nicht nur von neoliberalen Eliten getragen ist, sondern tief im Bewusstsein der Bevölkerung verankert ist. Bislang hat sich der größte Teil der europäischen Linken, die ein föderales Europa als Ziel verfolgt, mit ihren Regulierungszielen immer wieder vertrösten lassen. In der Hoffnung auf anspruchsvolle Regulierungen in der Zukunft und angesichts der politischen Verantwortung für die europäische Einigung hat sie der immer stärkeren Integration der Märkte und einer kontinuierlichen Erweiterung der EU zugestimmt. Nun, ist das EU-Projekt an einem Punkt angekommen, aus dem es aus progressiver Sicht keinen einfachen Ausweg mehr gibt. Entweder man nimmt hin, dass die EU in wesentlichen Bereichen (Soziales, Steuern, wirtschaftspolitische Koordination) nicht reguliert und damit angesichts der offenen Märkte es zu sozialer und steuerlicher Anpassung nach unten kommt. Oder: Man riskiert durch eine Unterbrechung eine tiefe Krise dieses Projekt einer europäischen Freihandelszone mit begrenzten sozialen Regulierungen. Dafür spricht, dass die sozialen Konflikte bei fortgesetzter neoliberaler EU-Integration ohnehin in EU in eine Zerreißprobe stürzen werden (außer man glaubt, dass den Neoliberalen die Umerziehung der Bevölkerung gelingt, so dass sie die wachsenden sozialen Ungleichheiten akzeptiert). Denn die Konstruktion der Europäischen Union – gemeinsamer Binnenmarkt einerseits und sozialen, wirtschaftspolitischen Regeln auf nationalstaatlicher Ebene andererseits – ist ein Unding ist. Es bedeutet programmierten Sozialabbau und Deregulierung. Es kann politisch mittelfristig nicht gut gehen, wenn die nationalen Regierungen den Wünschen der BürgerInnen nach sozialem Ausgleich nicht mehr entsprechen können.

Klar ist auch, dass die im Verfassungsentwurf wie Reformvertrag vorgesehene „verstärkte Zusammenarbeit“ keine Lösung für die fehlenden sozialen und steuerlichen EU-Regeln sind. Denn wenn einige Mitgliedsländer soziale Regeln auf hohem Niveau harmonisieren, aber in einem gemeinsamen Binnenmarkt mit Staaten wirtschaften, die soziales oder steuerliches Dumping betreiben, so werden die HarmonisierInnen die ökonomischen Kosten in Form von Wettbewerbsnachteilen zu tragen haben. Die Chancen zu anspruchsvollen sozialen Regulierungen bleiben also auch bei der verstärkten Zusammenarbeit bescheiden. Angesichts dieser schwierigen Ausgangslage entschieden sich die Attac-Sektionen wie auch die meisten Akteure im ESF-Prozess für eine Strategie der Blockade des Verfassungsvertrags. Das Ergebnis waren das Non im französischen Referendum über den EU-Verfassungsvertrag, ein relevanter Beitrag zur niederländischen Ablehnung sowie eine 45%ige Ablehnung in Luxemburg.

Mit dieser Orientierung brachte sich Attac wie auch auch die meisten anderen Akteure im ESF-Prozess in Widerspruch zu den europäischen Zusammenschlüssen von Gewerkschaften, Umwelt- und Frauenorganisationen. Auch der teilweise undemokratische Verlauf des Vorbereitungsprozesses der europäischen Sozialforen wie auch des ESF 2004 in London vertiefte diese Spannungen. Zwar gibt es auch in Gewerkschaften und NGOs viele Aktive und nationale Organisationen, die das Unwohlsein an der neoliberalen Ausrichtung der EU teilen, das politische Problem für die Bewegung bleibt jedoch bestehen.

Diese Blockadestrategie führte jedoch nicht zum von vielen Bewegungsakteuren gewünschten

Ergebnis einer sozial-ökologischen Überarbeitung der EU-Verträge. Nach einer Denkpause wurde aus dem Verfassungsvertrag alles gestrichen, was symbolisch an einen Staat erinnert. Ansonsten blieben die wesentlichen Veränderungen der bestehenden Verträge zum Verfassungsvertrag im Reformvertrag erhalten. Es kam sogar zu einigen Verschlechterungen sozialer Rechte. Die für das französische Non mitentscheidende Kritik am strukturellen Marktradikalismus der EU hatte keine Konsequenzen im Reformvertrag. Der wesentliche Unterschied zwischen Verfassungs- und Reformvertrag liegt lediglich in der Form der Ratifizierung. Es wurde europäisch verabredet, wo immer möglich, auf Volksabstimmungen zu verzichten. Voraussichtlich wird es – wider allen Versprechungen in Wahlkämpfen etwa in Großbritannien, Spanien, Portugal, Niederlanden, Dänemark und Frankreich – nur in Irland eine Volksabstimmung geben, wo dies in der Verfassung vorgeschrieben ist. Als Erfolg der Nein-Kampagne zur EU-Verfassung muss aber festgehalten werden, dass es den europäischen Eliten nicht gelungen ist, dem strukturellen Neoliberalismus in der EU auch noch den symbolischen Rang einer Verfassung einzuräumen. Durch die Bestrafung des falsch abstimmenden Volkes mit Entzug von Demokratie haftet dem Reformvertrag nun der Odem des Undemokratischen und schlecht Legitimierten an.

Dem weitgehenden Bewegungskonsens für ein Nein zum Verfassungsvertrag wie auch zum Reformvertrag und die gemeinsame Forderung nach einem Referendum über jeden neuen EU-Vertrag kann nicht darüber hinweg täuschen, dass es bei den Alternativen in den Bewegungen keine Einigkeit gibt. Während einige Organisationen regelrecht EU-gegnerisch sind, fordern andere die Stärkung eines sozial-ökologischen Europas und die Demokratisierung der EU. Dieser Streit spaltet nicht nur die Organisationen im Prozess des Europäischen Sozialforums, sondern auch die europäischen Zusammenschlüsse der Linksparteien (Dräger 2007) und der Grünen. Auch in den europäischen Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien gibt es die beiden strategischen Orientierungen – EU sozial vertiefen versus die vermeintlichen nationalen Handlungsspielräume verteidigen (FES 2006). Um dieses Problem zu umgehen, formulierte etwa das Charta-Netzwerk in seiner „Prinzipiencharta für ein anderes Europa“ allgemeine Grundsätze für Europa, ohne auf die EU direkt einzugehen. Damit liest sich das Papier schwammig und unklar. Der Versuch in diesem Netzwerk einen breiteren Konsens für ein anderes Europa zu formulieren, ist bislang gescheitert.

Diese grundlegende politische Unklarheit ermöglicht bestimmte breite Bündnisse, macht andere jedoch unmöglich. Einfach ist es so gemeinsam gegen neoliberale Angriffe auf europäischer Ebene zu mobilisieren. Die Kampagnen gegen die Hafentrichtlinie, die Softwarepatentrichtlinie und die Dienstleistungsrichtlinie, genannt „Bolkestein“, zeigen das Potential dieser Abwehrkoalitionen. Zur Durchsetzung eines anderen Europas reicht das jedoch nicht. Wer für Alternativen streiten will, muss wissen, ob man mehr soziale Gleichheit durch Wiederherstellung nationaler Steuerungsfähigkeit oder durch Europäisierung sozialer Rechte und Regulierungen erreichen will. An dieser Stelle ziehen die KritikerInnen des neoliberalen Europas in verschiedene Richtungen. Lachende Dritte dieses Konflikts dürften diejenigen sein, denen die sozialen Regulierungen des Marktes schon immer ein Dorn im Auge waren und die sich des europäisch organisierten sozialen Abwärtswettkampfs erfreuen.

Angesichts dieser komplizierten und von Widersprüchen gekennzeichneten Ausgangslage steht die globalisierungskritische Bewegung nun vor mehreren strategischen Herausforderungen.

Zum einen geht es um die Harmonisierung der europapolitischen Forderungen in ist der Bewegung. In diesem Zusammenhang ist der Ansatz von Attac mit seinen „10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag“ so interessant. Den europäischen Attacs gelang ein

wichtiger Schritt vorwärts. Die üblichen Konflikte zwischen den europaskeptischen skandinavischen Bewegungen und den europafreundlichen ZentraleuropäerInnen konnte durch einen Kompromiss gelöst werden: Erstmals gelang einem europäischen Zusammenschluss von progressiven GegnerInnen des EU-Verfassungsentwurfs ein solcher Konsens. Die 10 Prinzipien fordern die Europäisierung sozialer Rechte und steuerlicher Regulierungen. Allerdings sollen die Regulierungen dem Wohlstand der jeweiligen Länder angepasst werden. Arme Länder sollen nicht überfordert werden; osteuropäische Länder also nicht zu Tode reguliert werden. Umgekehrt sollen Einzelstaaten immer die Möglichkeit haben, höhere Regulierungsniveaus als die europäisch festgelegten zu vereinbaren. Es geht also um nach oben flexible Mindeststandards bei Steuersätzen, Sozialleistungen und Mindestlöhnen. Gleichzeitig fordern die zehn Prinzipien zusätzliche demokratische Rechte für das Europaparlament wie für nationale Parlamente. Dieser Kompromiss, dem alle europäischen Attacs zustimmen konnten, könnte auch einen Weg für andere europapolitische Akteure zur europäischen Harmonisierung ihrer sozialen Forderungen sein. Es gilt nun auch in weiteren Zusammenhängen für einen solchen Ansatz zu werben. Darüberhinaus gilt es die 10 Prinzipien weiter auszuarbeiten und zu konkretisieren. Das gilt insbesondere für das skizzierte Modell zur sozialen und steuerlichen Regulierung in Europa.

Zweitens gilt es den Prozess der Ratifizierung des EU-Reformvertrags zu nutzen. V.a. in Frankreich, Niederlande, Österreich und Dänemark engagiert sich Attac für eine Volksabstimmung über den Reformvertrag. Die Attacs haben dort Unterstützung von vielen gesellschaftlichen Gruppen, aber keine Mehrheit im Parlament. Überall zeigt es sich, dass die Ausgangslage für Referendumskampagnen schlecht ist. Die jeweiligen Regierungen und oft auch die großen Oppositionsparteien sind entschlossen, den Reformvertrag ohne „riskante“ Volksabstimmungen zu ratifizieren. Trotz der allgemeinen Befürwortung von Volksabstimmungen für die EU-Verträge mobilisiert das Thema nicht ausreichend, um die Regierungen unter starken Druck zu setzen. Anders als bei früheren EU bezogenen Kampagnen ist niemand direkt negativ in den eigenen Rechten betroffen. Daher scheint es so, dass die zunächst erfolgreiche Strategie der Blockade des Verfassungsvertrags beim Reformvertrag nicht erfolgreich wiederholt werden kann.

In Deutschland fordern über 70% der BürgerInnen wie auch Attac eine Volksabstimmung über den EU-Vertrag. Trotzdem sind die Chancen hier ein Referendum durchzusetzen, denkbar schlecht. Im Bundestag unterstützt nur die Linkspartei unsere Forderung. Selbst in der Zivilgesellschaft finden sich nur wenige kräftige BefürworterInnen. Auch in Deutschland ist das Thema trotz der starken Unterstützung in der Bevölkerung nicht besonders zugkräftig.

Lediglich in Irland wird es nach Lage der Dinge ein Referendum geben. Dort eine aus Sicht von wirksame, europaweit koordinierte Attac-Kampagne zu führen, ist schwierig. Attac Irland ist seit Jahren inaktiv. Auch andere Irische Organisationen mit ähnlichen Positionen und Arbeitsweisen wie Attac sind nicht in Sicht. Zudem würde eine Kampagne in Irland Attac wiederum in Gegensatz zu anderen potentiellen BündnispartnerInnen wie etwa Gewerkschaften, Umwelt- und Frauenorganisationen bringen.

Damit scheint es so, dass uns das Instrument der Referenda zum EU-Vertrag vorerst genommen ist, um für unsere Vorstellungen eines sozialen, ökologischen und demokratischen Europa Druck zu machen. Als gemeinsame europaweite Kampagne ist der Reformvertrag aufgrund der verschiedenen und meist begrenzten Handlungsmöglichkeiten in den Mitgliedsländern nicht geeignet. Trotzdem bietet die Phase der Ratifizierungen die Möglichkeit unserer Kritik und Alternativen wenn auch nur eine begrenzte Öffentlichkeit zu verschaffen. Die europäischen Attacs arbeiten dazu an einer gemeinsamen Broschüre, die die

10 Prinzipien leicht verständlich darstellen soll.

Drittens bieten die kommenden Europawahlen im Juni 2009 die Chance, unseren europäischen Forderungen politisch Nachdruck zu verleihen. Realistisch gesehen, wird nur dann starker Druck entstehen, wenn wir uns mit anderen PartnerInnen auf gemeinsame Kernforderungen einigen können. Bei den Norwegischen Parlamentswahlen haben Gewerkschaften, NGOs und Attac vorgemacht, wie Wahlen von der Zivilgesellschaft effektiv genutzt werden können (Wahl 2007). Wenige gemeinsame Kernforderungen für ein sozial-ökologisches Europa könnten die Europawahlen zu einer Abstimmung über das neoliberale versus das soziale Europa machen. Die Frage nach dem sozialen Defizit der EU wird es aller Voraussicht nach sein, an der sich die Kritik an den bestehenden Strukturen der EU entzünden wird.

Zumindest aus deutscher Perspektive scheint es durchaus möglich dazu ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis mit Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und Sozialverbänden zu erreichen. Erst kürzlich haben IGmetall und die Katholische ArbeitnehmerInnenbewegung (KAB) wegweisende Beschlüsse für ein Soziales Europa gefällt. Auch die gemeinsame Abschlusserklärung des Alternativen EcoFin im April 2007 zeigt breite Gemeinsamkeiten (Attac, BUND u.a. 2007).

Viertens stehen Gewerkschaften und soziale Bewegungen vor einer strategischen Herausforderung auch jenseits des Ratifizierungsprozesses und der kommenden Europawahlen. Wie können wir europäisch handlungsfähig werden, um unsere Alternativen durchzusetzen? Wie oben gezeigt, waren soziale Bewegungen und Gewerkschaften in Europa mehrfach in der Lage erfolgreiche Abwehrkampagnen zu führen. Bislang ist es jedoch nicht gelungen, erfolgreiche Positiv-Kampagnen zur Durchsetzung unserer eigenen Alternativen zu führen. Sicherlich waren dabei die erläuterten ideologischen Unterschiede hinderlich. Hinzu kommt jedoch, dass es auch der globalisierungskritischen Bewegung bislang nicht gelungen ist, ihre Kampagnen europäisch zu koordinieren. Die verschiedenen Attac-Sektionen arbeiten mehr oder minder zu den gleichen Forderungen, aber nicht zum gleichen Zeitpunkt. Derzeit arbeitet Attac Norwegen zu geistigen Eigentumsrechten, Attac Österreich und Schweiz zu Steuerkonkurrenz, Attac Frankreich zu den EU-Verträgen, Attac Schweden bereitet das Europäische Sozialforum vor und Attac Deutschland macht Kampagne zu den Energiekonzernen. Nach wie vor ist es die Logik der jeweiligen nationalen Politik und der jeweiligen nationalen Attac-Sektion, die politische Prioritäten bestimmt. Das hat auch eine politische Rationalität, denn nach wie vor ist die politische Öffentlichkeit, auf die sich jede politische Bewegung ja beziehen muss, vor allem national strukturiert. Jedoch werden wir so nie effektiv Druck zur Durchsetzung unserer Alternativen in Europa entfalten können. Auf Mehrheiten im europäischen Parlament und im Rat der EU kann man nur hoffen, wenn Abgeordnete und Regierungen aus verschiedenen Mitgliedsländern ähnlichen politischen Druck verspüren. Nur so werden wir unsere Alternativen wie die Schließung der Steueroasen, eine europäische Devisentransaktionssteuer, soziale und steuerliche europäische Standards erreichen können. Die politische Kunst besteht dabei darin, Kampagnenthemen zu finden, die in möglichst vielen Ländern gleichzeitig die Chance haben, Dynamik zu entfalten. Nicht zielführend ist dagegen der Versuch den PartnerInnen in anderen Ländern die eigenen aus der eigenen nationalen Sicht nahe liegenden Prioritäten quasi überstülpen zu wollen.

Attac existiert in 16 von 27 EU-Mitgliedsländern und hat damit grundsätzlich gute Voraussetzungen für europaweite Kampagnen. Attac muss nur lernen, ihre Kampagnen international und insbesondere europäisch zu koordinieren. Dazu sind die im Umfeld des Europäischen Sozialforums entstandenen thematischen Netzwerke (Tax Justice Network,

From Seattle to Brussels Network, Tobin Tax Network, Labour & Globalisation Network, usw.) eine gute Voraussetzung. Bislang koordinieren sie jedoch nur die am jeweiligen Thema Aktiven in den verschiedenen Attac-Sektionen und weiteren Organisationen. Sie ermöglichen aber noch keine europäische Koordination von Prioritäten.

In einem demokratischen Netzwerk kann internationale Prioritätensetzung jedoch nicht von oben, etwa von den nationalen Vorständen, verordnet werden. Europäische Koordination wird es nur geben, wenn sie von den Aktivistinnen und Aktivisten an der Basis gewollt ist. Daher ist die vom 1.-6. August 2008 stattfindende Europäische Attac-Sommeruniversität (ESU) von zentraler Bedeutung. 1.000 Attacis aus ganz Europa sollen in Saarbrücken zusammenkommen und Attac in Europa von unten bauen. Wir wären damit die erste europäische Bewegung oder NGO, der ein solches europäisches Treffen der eigenen Basis gelingt. Anders als die Sozialforen kann die ESU viel mehr sein als ein offener Raum verschiedener Organisationen. Da Attac ein politisches Netzwerk mit eigenen Kampagnen ist, können auf der ESU politische Verabredungen für übergreifende Kampagnen getroffen werden, die bei den Sozialforen weder vorgesehen noch angesichts der großen Diversität der teilnehmenden Gruppen möglich sind.

Soziale Bewegungen wie Attac sind jedoch realistisch gesehen nicht genug. Für die Durchsetzung eines anderen, eines sozial-ökologischen Europas scheint die Zusammenarbeit zwischen sozialen Bewegungen und Gewerkschaften zentral. Wenn sich zwischen ihnen europäische Konsense herausbilden, so besteht eine gute Chance, dass die Parteien links der Mitte sie mittelfristig übernehmen. Was die europäische Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften angeht, gibt es viele Gründe skeptisch zu sein. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) hat bisher keinen grundlegenden Kurswechsel in der EU eingefordert und ist durch interne Meinungsunterschiede gelähmt. In jüngster Zeit gab es jedoch Zeichen für Veränderungen. Die EGB-Kampagne für öffentliche Dienste samt europäischer Unterschriftensammlung ist positiv. Ebenso nehmen immer mehr Gewerkschaften an den europäischen und weltweiten Sozialforen teil und beteiligen sich am offenen Netzwerk „Labour and Globalization“. Und schließlich hat sich mit dem Forum „Soziales Europa“ ein äußerst progressiver europäischer Zusammenschluss engagierter GewerkschafterInnen gebildet, die ein avanciertes Papier zum Sozialen Europa (Forum Soziales Europa 2007) formuliert haben. Die jüngsten Angriffe der EU-Kommission auf das Arbeitsrecht („Grünbuch“) und die Urteile des EuGh werden den Druck auf die Gewerkschaften weiter erhöhen, sich der Frage des sozialen Europas mit mehr Nachdruck als bisher anzunehmen.

All das lässt hoffen, dass unter dem Druck des europäisch organisierten Neoliberalismus die Gewerkschaften ihre Haltung zur EU überdenken werden. Denn ohne ein Bündnis mit auch politisch aktionsbereiten Gewerkschaften wird sich ein demokratisches und soziales Europa kaum erreichen lassen. Die wirtschaftsliberal orientierten Kräfte sind mit den jetzigen Zuständen in der EU im Grunde in einer komfortablen Situation. Sie haben mit den offenen europäischen Märkten ohne anspruchsvolle soziale Regulierungen einen ständigen Verbündeten in den nationalen Auseinandersetzungen um soziale und arbeitspolitische Fragen. Sie werden auf europäischer Ebene alles tun, um diesen Zustand aufrecht zu erhalten. Die Macht der Gewerkschaften sowohl in Wahlen als auch mit ihrer möglichen Drohung mit dem Streikrecht ist eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung, um ein soziales und demokratisches Europa zu erreichen.

Vom 18.-21. September 2008 findet danach im Schwedischen Malmö das nächste Europäische Sozialforum statt. Hier bietet sich die Möglichkeit gerade angesichts der großen ideologischen Unterschiede mit Blick auf die Europawahlen weiterzukommen. Wenn es zu

gemeinsamen, europäisch abgestimmten Forderungen verschiedener Organisationen bei den Europawahlen kommen soll, so werden es Debatten auf dem europäischen Sozialforum sein, die dies zeigen werden. Auch der Dialog mit den skandinavischen Gewerkschaften verspricht spannend zu werden, die bislang europäischen sozialen und steuerlichen Regulierungen und Rechten, wie Attac sie fordert, eher skeptisch gegenüber stehen.

Konkretisierung und Harmonisierung der Forderungen in der globalisierungskritischen Bewegung und mit den PartnerInnen, Nutzung der Diskussionen rund um die Ratifizierung des EU-Reformvertrags, Intervention in die Europawahlen sowie die Entwicklung europäischer Kampagnenfähigkeit sind die großen strategischen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Attac in Europa kann dabei eine wichtige Zukunftsaufgabe finden.

Mehr:

Attacs 10 Prinzipien: www.attac.de/aktuell/presse/10-Prinzipien-fuer-EU-Vertrag.pdf

Europäische Sommeruniversität: www.european-summer-university.eu

Europäisches Sozialforum 2008: www.esf2008.org

Europäische Attacs zum Reformvertrag:

www.attac.de/aktuell/presse/presse_ausgabe.php?id=810

Literatur

Attac, BUND, Euromemorandum, IGmetall, ver.di, WEED (2007): **Abschlussklärung zum 2. Alternativen ECOFIN**, in Berlin vom 20./21. April 2007
http://www.attac.de/presse/abschluss-erklarung_2ter_alternativer_ecofin.pdf

Charter of principles for another Europe (2007), <http://www.europe4all.org/>

Klaus Dräger (2007): Visionen für ein neues Sozialsystem – Hat die Linke ein Projekt für Europa?, in: Lars Diekmann et. al. (2007): Erneuerung des Sozialstaates in Europa, Verlag Karl Dietz, Berlin.

Europäisches Attac Netzwerk (2007): 10 Prinzipien für einen demokratischen EU-Vertrag, http://www.attac.at/uploads/media/Attac_10Prinzipien_fuer_demokratischen_EU_Vertrag.pdf

Europäisches Attac Netzwerk (2007): Die Europäischen Attacs sagen „Nein“ zum EU-Reformvertrag, <http://www.attac.at/6119.html>

Europäisches Umweltbüro (EEB) (2007): Briefing document on the Lisbon treaty, http://www.eeb.org/activities/european_constitution/analyse-101207.pdf

European Women's Lobby (2005): EWL Communication Strategy for the European Constitution, http://www.womenlobby.org/site/1abstract.asp?DocID=194&v1ID=&RevID=&namePage=&pageParent=&DocID_sousmenu=&parentCat=18

Forum Soziales Europa (2007): Auf dem Weg zu einem neuen europäischen Sozialmodell, in: Beilage der Zeitschrift Sozialismus, Juli/August 2007 sowie <http://www.wissentransfer.info/wissen/pages/news.php?id=76>

Friedrich-Ebert-Stiftung (2006): Politische Positionen zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell – eine Landkarte der Interessen, http://www.fes.de/ipa/pdf/EWSM_GESAMTPAPIER.pdf

Irish Congress of Trade Unions (ICTU) (2008): Workers' support for European project „undermined“, <http://www.ictu.ie/html/news/releases/p150108.htm>

Lisabonner Erklärung für ein demokratisches Europa (2007), http://www.attac.at/uploads/media/Lissabonner_Erklaerung_de.rtf

Asbjorn Wahl (2007): The Norwegian Method - On Alliance policies and experiences in the fight against neo-liberalism.

Sven Giegold ist Wirtschaftswissenschaftler und vertritt den BUND im Rat von Attac Deutschland.